

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [Kommissionspräsident Juncker warnt USA vor Handelskrieg mit Europa](#) 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- [Parlamentarier wollen bessere Lebensmittelkontrollen](#) 3
- [Forderung nach mehr Recycling, weniger Deponierung und Lebensmittelverschwendung](#) 3
- [Änderung des EU-Waffenrechts](#) 4
- [Forderung nach Bündelung der verteidigungspolitischen Kräfte](#) 4

Rat der Europäischen Union

- [Treffen zwischen Ratspräsident Tusk und Parlamentspräsidenten der Mitgliedsstaaten](#) 5

Europäische Kommission

- [Bericht über EU-Schnellwarnsystem für gefährliche Produkte veröffentlicht](#) 5

Sonstiges

- [Feierlichkeiten zum 60. Geburtstag der EU am Wochenende in Rom](#) 6
- [Immer mehr Strom aus erneuerbaren Energien - Österreich mit Spitzenplatz](#) 6
- [Betriebliches Kopftuchverbot unter gewissen Voraussetzungen gerechtfertigt](#) 7

In eigener Sache

- [Alpeuregio Summer School 2017 der Gemeinsamen Vertretung Tirol-Südtirol-Trentino](#) 8

Ihre Stimme in Europa

- [Laufende Konsultationen](#) 9

Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Tagesordnungen der Institutionen

Impressum und Abbildungsverzeichnis

10
10
11

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

Kommissionspräsident Juncker warnt USA vor Handelskrieg mit Europa

Die traditionell engen Beziehungen der EU zu den USA stehen aktuell nach Ansicht des Kommissionspräsidenten vor einer Bewährungsprobe.



Vor dem Hintergrund des ersten Treffens zwischen Bundeskanzlerin Merkel mit US-Präsident Trump und dem G20-Gipfel der Finanzminister und Notenbankchefs der führenden Industrie- und Schwellenländer, hat Kommissionspräsident Juncker beklagt, dass im transatlantischen Verhältnis „so etwas wie Entfremdung eingetreten“ ist. „Die Tatsache, dass der amerikanische Präsident den Austrittswunsch der Briten aus der EU begrüßt und sagt, andere Staaten sollten diesem Weg folgen, ist ein einmaliger Vorgang. Da besteht noch Bedarf an intensiven Gesprächen“, so Juncker. Nicht zuletzt mit Blick auf die Ankündigung der amerikanischen Regierung die heimische Wirtschaft gegen ausländische Konkurrenz abschotten und Importhürden anzuheben zu wollen, gibt der Kommissionspräsident eine Warnung aus. „Wären die Amerikaner einem

Handelskrieg mit Europa gewachsen? Ein Handelskrieg wäre weder im Interesse Europas noch der USA.“ Europa müsse auf etwaige protektionistische Schritte der USA vorbereitet sein.



Europäisches Parlament

Parlamentarier wollen bessere Lebensmittelkontrollen

Am 15. März hat das Parlament eine Verschärfung der Lebensmittelkontrollen in der gesamten Lebensmittelversorgungskette vom Erzeuger bis zum Verbraucher beschlossen.

Das Parlament und der Rat haben sich im Vorfeld der Abstimmung bereits auf eine informelle Regelung geeinigt. Ziel ist, die Rückverfolgbarkeit der Lebensmittel zu verbessern, Betrug zu bekämpfen und das Vertrauen der Verbraucher in die Integrität der Lebensmittelkette wiederherzustellen. Die Vereinbarung beinhaltet u.a. die Kontrolle in den Bereichen Lebensmittel, Futtermittel, Pflanzengesundheit, Schädlingsbekämpfungs-

mittel und Tierschutz, sowie geschützte geografische Angaben.

[Mehr Informationen](#)

Forderung nach mehr Recycling, weniger Deponierung und Lebensmittelverschwendung

Im Jahr 2030 soll 70 % allen Hausmülls recycelt werden müssen. So steht es in einem Gesetzentwurf, der am 14. März 2017 verabschiedet wurde.

Auch die Ablagerung von Abfällen auf Deponien soll durch das „Abfallpaket“ auf 5 % verringert werden. Daneben soll auch die Verschwendung von Lebensmitteln um die Hälfte bis 2030 reduziert werden. Für Verpackungsmaterial wie Papier und Pappe, Plastik, Glas, Metall und Holz schlagen die

Abgeordneten ein Recyclingziel von 80 % bis 2030 vor, mit Zwischenzielen für 2025 für jedes Material. Das Parlament wird nun die Verhandlungen mit dem Rat aufnehmen.

[Mehr Informationen](#)



Änderung des EU-Waffenrechts

Die Mehrheit der Abgeordneten stimmte am 14. März einer Überarbeitung der EU-Schusswaffenrichtlinie von 1991 zu.

Das neue Gesetz legt u.a. strengere Kontrollen von unscharfen Waffen, beispielsweise Schreckschusspistolen, fest. Diese können nicht nur relativ einfach so umgebaut werden, dass sie mit scharfer Munition schießen – man kann sie in einigen EU-Ländern auch ohne Waffenschein erwerben. Die Vorschriften für die Kennzeichnung von Schusswaffen werden verschärft und vereinheitlicht. Die Rückverfolgbarkeit von Waffen wird verbessert und der Informationsaustausch

zwischen den EU-Mitgliedsländern erleichtert.

[Mehr Informationen](#)

Forderung nach Bündelung der verteidigungspolitischen Kräfte

Eine substanzielle Verbesserung europäischer Verteidigungspolitik hängt nach Ansicht des Parlaments ausschließlich am politischen Willen der Mitgliedsstaaten.

Die Abgeordneten fordern in einer EntschlieÙung, dass die Europäische Verteidigungsagentur (*European Defence Agency*, EDA) und die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit wie der Europäische Auswärtige Dienst (EAD), als EU-Institutionen sui generis behandelt und durch einen im EU-Haushalt eigens geschaffenen Einzelplan finanziert werden. Dabei wird die Einführung einer Ratsformation der Verteidigungs-

minister innerhalb des EU-Ministerrates ausdrücklich befürwortet. Zudem sieht es das Parlament als erforderlich an, dass die gesamten Mitgliedsstaaten 2 % ihres BIP für nationale Verteidigungspolitik aufwenden.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Treffen zwischen Ratspräsident Tusk und Parlamentspräsidenten der Mitgliedsstaaten

Bei einer Zusammenkunft mit VertreterInnen der nationalen Parlamente in Rom im Vorfeld der 60. Jahrfeierlichkeiten der EU hob Ratspräsident Tusk die Bedeutung der Versöhnung und Vereinigung der europäischen Nationen nach Ende des 2. Weltkriegs hervor.

Souveräne Staaten haben sich dazu entschieden, Teile ihrer Kompetenzen abzugeben, um ihre gemeinsamen Interessen besser zu wahren. „Die Zukunft“, so der Ratspräsident in Anlehnung an Alcide de Gasperi, einen der Gründerväter der Europäischen Gemeinschaft, „lasse sich weder durch Gewalt, noch unter dem Verlangen nach Eroberung gestalten, sondern durch die

geduldige Anwendung der demokratischen Methode, den konstruktiven Geist der Vereinbarung und den Respekt vor der Freiheit“.

[Mehr Informationen](#)

Europäische Kommission

Bericht über EU-Schnellwarnsystem für gefährliche Produkte veröffentlicht

Um gefährliche Produkte vom Markteintritt abzuhalten, verwenden die Mitgliedsstaaten zunehmend das Schnellwarnsystem der EU.

Laut einem aktuellen Bericht der Kommission wurden 2016 mehr gefährliche Produkte von den nationalen Behörden aussortiert als in den Jahren zuvor. Immer mehr dieser Produkte werden über das Internet gehandelt. Deshalb hat die Kommission ihre Zusammenarbeit mit Amazon, Ebay und Alibaba intensiviert. 2016 entfiel die größte Anzahl an Warnmeldungen

auf Spielzeuge (26 %), gefolgt von Kraftfahrzeugen sowie Bekleidungs-, Textil- und Modeartikeln (13 %). Die meisten gemeldeten gefährlichen Produkte stammten aus Ländern außerhalb der EU.

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

Feierlichkeiten zum 60. Geburtstag der EU am Wochenende in Rom



Am Samstag ist der 60. Geburtstag der EU. Die Staats- und Regierungschefs treffen sich dazu mit den Spitzen aller EU-Institutionen in Rom, um gemeinsam der Unterzeichnung der "Römischen Verträge" zu gedenken, mit

denen 1957 die Vorgängerorganisationen der EU gegründet wurden.

Immer mehr Strom aus Erneuerbaren Energien – Österreich mit Spitzenplatz

Im Jahr 2015 kamen 16,7 % des Energieverbrauchs in der EU aus Erneuerbaren Energien. Das ist fast doppelt so viel wie im Jahr 2004 (8,5 %).

Ziel der EU ist es, bis zum Jahr 2020 einen Anteil von 20 % zu erreichen. Mit über der Hälfte (53,9 %) des Bruttoendenergieverbrauchs aus erneuerbaren Quellen wies Schweden im Jahr 2015 den höchsten Anteil auf, vor Finnland (39,3 %), Lettland (37,6 %) und Österreich (33 %). Am wenigsten auf Erneuerbare setzen hingegen Luxemburg und Malta (je 5,0 % Anteil), die Niederlande (5,8 %) und Belgien (7,9 %).

Für jeden EU-Mitgliedstaat ist ein eigener Europa-2020-Zielwert festgelegt. Elf Mitgliedstaaten haben ihn bereits erreicht. Österreich fehlt weniger als 1 Prozentpunkt, um das entsprechende Ziel für 2020 zu erreichen.

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

Betriebliches Kopftuchverbot unter gewissen Voraussetzungen gerechtfertigt

Der EuGH hat letzte Woche in zwei Entscheidungen, die bereits medial für Aufsehen sorgten, die Zulässigkeit eines Kopftuchverbots am Arbeitsplatz unter gewissen Voraussetzungen bejaht.

Der EuGH geht davon aus, dass ein Kopftuchverbot grundsätzlich eine unmittelbare Diskriminierung darstellt. Das ist nur dann nicht der Fall, wenn im Betrieb eine Neutralitätspolitik besteht, wonach das Tragen sämtlicher religiöser, politischer oder philosophischer (gemeint wohl "weltanschaulicher") Symbole verboten ist.

Dadurch kommt es zu keiner Ungleichbehandlung.

[Mehr Informationen](#)



In eigener Sache

Alpeuregio Summer School 2017 der Gemeinsamen Vertretung Tirol-Südtirol-Trentino

Studierende aus der Europaregion haben im Sommer 2017 wieder die Möglichkeit, im Rahmen der Alpeuregio Summer School das Räderwerk der Europäischen Union kennen zu lernen. HochschülerInnen und JungakademikerInnen aus Tirol, Südtirol und dem Trentino können sich um eine Teilnahme an der Alpeuregio Summer School 2017 bewerben, die vom 3. bis 13. Juli im gemeinsamen Verbindungsbüro stattfindet.

Die Weiterbildungsveranstaltung zielt nicht nur darauf ab, das Wissen der Teilnehmenden über EU-Politiken und Institutionen zu vertiefen, sondern bietet auch die Möglichkeit, Informationen zu den Beschäftigungsmöglichkeiten und Karrierechancen innerhalb der europäischen Institutionen zu erhalten.

Die Zulassungskriterien, das Antragsformular für die Teilnahme und ein erster Programmentwurf werden Ende Februar 2017 auf der [Website](#) des gemeinsamen Verbindungsbüros veröffentlicht.





Ihre Stimme in Europa

Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

• *Forschung und Technologie:*

- [Öffentliche Konsultation der Anspruchsgruppen – Bewertung von Öffentlich-öffentliche Partnerschaften \(Artikel 185 Initiativen\) im Rahmen der Zwischenbewertung von Horizont 2020](#)

• 27.01.2017 – 30.04.2017

• *Öffentliche Gesundheit, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung:*

- [Öffentliche Konsultation: Mögliche Maßnahmen zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung der Antibiotikaresistenz im Rahmen eines Aktionsplans „Eine Gesundheit“ gemäß der entsprechenden Mitteilung der Kommission](#)

• 27.01.2017 – 28.04.2017

• *Kultur:*

- [Offene öffentliche Konsultation über das Programm "Kreatives Europa"](#)

• 23.01.2017 – 16.04.2017

• *Verkehr:*

- [Änderung der Richtlinie über den kombinierten Verkehr](#)

• 23.01.2017 – 23.04.2017

• *Unternehmen, Binnenmarkt:*

- [Öffentliche Konsultation zur Einführung eines Mechanismus zur freiwilligen Ex-ante-Bewertung von Aspekten der Vergabe großer Infrastrukturvorhaben](#)

• 20.01.2017 – 14.04.2017

• *Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien, Informationsgesellschaft:*

- [Öffentliche Konsultation zur Evaluierung und Überprüfung der Agentur der Europäischen Union für Netz- und Informationssicherheit \(ENISA\)](#)

• 18.01.2017 – 12.04.2017



Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Industrie und KMU			
Innovation, Meeresressourcen, Energieeffizienz, Nachhaltigkeit, Ernährung, Forschung, Umwelt, Nanotechnologie, Gesundheit, Biotechnologie, Verkehr, ICT, Bildung, Infrastrukturen	HORIZON 2020 DEDICATED SME INSTRUMENT 2016-2017	15/02/2017 - 03/05/2017 - 06/09/2017 - 08/11/2017 - 18/01/2017 - 06/04/2017 - 01/06/2017 - 18/10/2017	€ 682.121.702
Innovation, Plattformen, Cluster	INNOSUP: FOR A BETTER INNOVATION SUPPORT TO SMES	08/03/2017 - 18/10/2017 - 04/04/2017 - 07/09/2017 - 28/03/2017	€ 33.600.000
Kreislaufwirtschaft, Wasser, Intelligente Spezialisierung, organische Abfälle	SPIRE: INDUSTRY 2020 IN THE CIRCULAR ECONOMY	19/01/2017 - 07/03/2017 - 05/09/2017 - 27/10/2016 - 04/05/2017	€ 365.500.000
Öffentliche Verwaltung, Zusammenarbeit	CO-CREATION FOR GROWTH AND INCLUSION	02/02/2017	€ 9.000.000

Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)
[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu
Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:
Direktor Mag. Dr. Richard Seeber
Franz-Josef Hausberger, BA

Abbildungsverzeichnis

<http://www.salzburg.com/nachrichten/welt/politik/sn/artikel/juncker-beklagt-entfremdung-zwischen-eu-und-usa-239221/>

https://ec.europa.eu/germany/events/eu60_en